

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil R. Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Sindow, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. W. Schmidt & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für den Vertrieb: Für die Redaktion 170, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsstelle L. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreise: Vierteljährlich 6,00 Mk., halbjährlich 11,50 Mk., monatlich 4,00 Mk. Beim Abholeremotiv und bei den in den Adressen angegebenen Adressen 11,50 Mk., monatlich 3,50 Mk. Bei den Postämtern Vierteljährlich 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Nonpareilzeile 1,00 Mk., im Restabdruck Seite 1,50 Mk. Berechnungstermin: Seite 30 Pf. Anzeigen-Kabott geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postabnahme: Nr. 2268 Berlin.

Nr. 87.

Magdeburg, Mittwoch den 14. April 1920.

31. Jahrgang.

Rapp und Foch.

In der rasch wieder zusammengerufenen Nationalversammlung hat am Montag der Reichskanzler Müller das gesagt, was vom deutschen, vom demokratischen und sozialistischen Standpunkt aus zum brutalen Einbruch des französischen Militärs ins deutsche Gebiet gesagt werden mußte. Zunächst die Tatsachen: Im Goethehaus, in der Frankfurter Universität, liegen Senegalneger. Und die Folgen, die daraus für ganz Europa erwachsen müssen: Der Friede ist gebrochen, offener Krieg nur infolge Deutschlands Ohnmacht nicht eröffnet. Die Völkerverträge sind jäh zerrissen. Der europäische Wiederaufbau ist ernsthaft gefährdet. Alle nationalistischen Instinkte in Deutschland sind ungeheuerlich aufgepeitscht.

Foch hilft einem neuen Rapp
in die Steigbügel. Die Republik ist gefährdet, Deutschlands Leistungen aus dem Friedensvertrag werden bei einer Fortdauer dieser Politik unmöglich gemacht, und das Ende sind Verzweiflung und Anarchie erst in Deutschland und dann in Frankreich oder vielleicht sogar umgekehrt. Die politische Richtschnur der deutschen Regierung in dieser Lage aber lautet: Die Frankfurter nicht wieder frei ist, bleiben auch die schönsten Worte von künftiger Gemeinsamkeit nur Worte. Deutschland aber hält an seinem Bekenntnis und Grundgesetz fest, alle Kriegsanschauungen und alle Kriegsmittel von sich zu weisen und strebt weiter, dem getreuer Erfüllung aller Bestimmungen des Versailler Friedens, die überhaupt erfüllt werden können, ein demokratisches Deutschland in einem demokratischen Europa zu schaffen.

Der Ueberfall der französischen Militaristen, der im Widerspruch mit allen andern Mitgliedern der Entente verübt worden ist, ist bekanntlich begründet worden mit einem Hinweis auf das Einrücken der Reichswehr ins Ruhrrevier. Hermann Müller mußte insulgedessen auch hierzu die nötigen Erklärungen geben. Solange die Arbeiterklasse des Ruhrreviers, geleitet von politischen Gedanken, gegen den Putz der Militaristen kämpfte, konnte von einem Eingreifen der Reichswehr gegen sie selbst dann keine Rede sein, wenn die Verteidiger der Republik in ihrem Eifer etwas zu weit gingen und verfassungstreue Behörden ausschalteten. Anders wurde die ganze Sachlage, als mit den politischen Parteien und Volksgewaltigen das Viesfelder Abkommen als Gegenstück zum Berliner Vertrag geschlossen worden war und alle verständigen Arbeiter die Waffen niederlegten und zu der so notwendigen produktiven Arbeit zurückkehrten. Danach wandelte sich die rote Armee in einen zügellosen Haufen von Terroristen und gewöhnlichen Verbrechern um, und

man häuften sich die Silbermünzen
aus allen Kreisen der Bevölkerung und aus allen Parteien. Die Regierung konnte nicht Deutschlands wichtigstes Industriegebiet der Anarchie ausliefern, nicht fünf Millionen Menschen von schwerbewaffneten Horden quälen und ausplündern lassen. In dieser Situation wurde es unabwendbare Pflicht, die Ordnung nötigenfalls auch mit Gewalt wiederherzustellen. Hermann Müller hätte hinzufügen können, daß „Spartakus“, das offizielle Organ der Essener Kommunisten, erklärt hat, auf Grund des Viesfelder Abkommens müßten die Waffen restlos abgeliefert werden, und wer sich jetzt dem widersetze, der müsse als Feind der Arbeiterklasse „rücksichtslos niedergeschlagen werden“. Das spricht, denken wir, deutlich genug.

Hermann Müllers Rede, über die morgen die Debatte eröffnet werden wird, war ausgezeichnet. Nur an einer Stelle enthielt sie eine Blüde, die wahrscheinlich dem Reichskanzler selbst nicht entgangen sein wird. Mit vollem Nachdruck wies er darauf hin, daß die Ausschreitungen der R. U. P.-isten im Ruhrrevier nur die

Folge des Putzes der Rappisten,
daß der ganze Wirrwarr und die neue internationale Gefährdung die notwendigen Konsequenzen der deutschnationalen Meineidigen und Gewaltverbrecher sind. Deren Schuld an der Anarchie im Ruhrrevier trat deutlich zutage — aber der Name des Generals Watter blieb unausgesprochen. Und doch unterliegt es gar keinem Zweifel, daß, wenn Watter und Maerder sich ebenso treu auf die Seite der verfassungsmäßigen Regierung gestellt hätten, wie das im allgemeinen die Zivilbehörden in Sachsen und im Ruhrrevier getan haben, es weder eine rote Armee an der Ruhr,

noch einen Räuberhauptmann Böß in Falkenstein gegeben hätte. Der Kanzler wollte offenbar der Untersuchung nicht vorgreifen, die gegen die schuldigen Generale im Gange ist. Aber es ist notwendig, seiner Rede hinzuzufügen, daß das Volk eine schnelle Durchführung der gegen die schuldigen Generale geführten Nachprüfung und rücksichtslosen Bestrafung aller Derer verlangt, die durch das Lieblingsspiel mit den Putzisten oder zweideutiges Abwarten ihre Untreue gegen die Demokratie an den Tag gelegt haben.

Wir verweisen auf den nachstehenden ausführlichen Bericht:

Präsident Fehrenbach macht Mitteilung von Telegrammen aus dem Ruhrgebiet, die um Schutz bitten, ferner von Telegrammen aus Frankfurt und Darmstadt, die gegen die französische Besetzung Einspruch erheben. Sodann teilt der Präsident mit, daß die Abgeordneten Ullrich (Rathenow) und Dr. Hartmann (Rhinisch-Bittorf) berichten, daß alle Abgeordnetenmandate aus Obersachsen von der Entente suspendiert worden seien. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Den ober-sächsischen Mitgliedern des Reichstages Probinglatandtag ist die Mitteilung in die Heimat unterzogen worden. (Erneute Entrüstungsrufe.) Der Präsident bemerkt dann: Ich handle im Namen des deutschen Volkes, wenn ich gegen diesen unerhörten Eingriff der Entente in die politischen Rechte des deutschen Volkes und seiner Vertreter den aller-schärfsten Widerspruch erhebe. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich die Regierung bitte, in aller Eile Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte des deutschen Volkes zu schützen, und die Entente zum Abzug ihrer Truppen aus dem Ruhrgebiet zu zwingen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Müller: Der Präsident hat soeben im Namen der Volksvertretung schärfsten Protest eingelegt gegen das verfassungswidrige Vorgehen der Entente in Obersachsen, die die gewählten Vertreter der Nationalversammlung verhindern will ihr Recht auszuüben. Ähnliche Versuche sind von der Entente auch in Württemberg gemacht worden. Es scheint also um ein einheitliches Vorgehen zu handeln, das angeblich auf Beschlüssen der Pariser Völkervertrag-Konferenz beruht. Ich kann namens der deutschen Regierung versichern, daß wir mit allem Nachdruck gegen dieses Vorgehen protestieren werden und daß wir die Rechte des deutschen Volkes und seiner Volksvertretung wahren werden. (Lebhafte Beifall.) In meiner letzten Rede bezeichnete ich als Ziel unserer auswärtigen Politik die Abkehr von allen Kriegsmitteln und Kriegsanschauungen. Heute wissen wir, daß jenseits unserer Grenzen diese Abkehr von Kriegsmitteln in der Politik nicht vollzogen, ja nicht einmal gerückt ist in Feindesland. Senegalneger liegen in der Frankfurter Universität beim Goethehaus. (Rufe: Unerhört!) Im Ruhrgebiet hat sich nach dem

verbrecherischen Abenteuer
der Rapp-Mittwoch-Jaques-Traub die ganze Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zum Schutze der Republik erhoben. Das einige Volk ist härter als alles und alle. Rapp und seine Spießgesellen waren dabongezogen, seine Hintermänner von der Rechten rücken mit bemerkenswerter Geschwindigkeit von den Putzisten und ihren Hinterfolgern ab. (Unruhe rechts.) Ueber die Tatsache, daß der Putz nur durch die Haltung gewisser Kreise der Reichswehr möglich war, daß er im höchsten Sinne des Wortes eine Offiziersrevolte war, ließ sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Die Reichswehr hatte das Vertrauen weiter Volkstreu und ganz besonders der Arbeiterklasse verloren. Die Atmosphäre von berechtigtem und unberechtigtem Mißtrauen gegen die Reichswehr machten sich verbrecherische Elemente zunutze. Ganz gewiß hatten die Drahtzieher des Kommunismus den Putz schon längerhand vorbereitet, aber es ist ein weiteres Verbrechen der Rappisten, daß sie den Boden schufen, auf dem die Linksputschisten erst Aussicht auf Erfolg hatten. (Ehrwürdiger Beifall bei der Mehrheit. Widerspruch rechts. Abg. Schütz ruft: Hinfüher! Nachher! Abg. v. Graefe ruft: Wahltreue!) Solche Wahltreue werden Sie noch weiter zu hören bekommen. Ohne Rapp-Putz kein Generalkrieg, keine Anarchie im Ruhrgebiet. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn die Militaristen noch einmal eine solche Sache machen würden, würde das deutsche Volk noch einmal zu denselben Mitteln greifen müssen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Unruhe rechts.) Seit ich das letzte Mal hier gesprochen habe, sind im Ruhrgebiet die

organisierten Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt,
unter den Waffen stehen die verbliebenen Verfechter der Räubertat, die sich durch den gesamten Janhagel des baltigen Meiers ergangen, der nichts wollte, als die verbrecherische Ausnutzung des geschlossenen Zustandes. Aus allen Kreisen der Bevölkerung häuften sich die Hilferufe an die Regierung gegen den Terror des Verbrechens und der Räuberei. Die Eigenmächtigkeiten von Volksgewaltigen und die Annäherung von Amisbefugnissen suchten wir im Verhandlungsweg abzustellen. So haben wir in Viesfeld und Münster verhandelt, weil wir das Verbrechen der Berliner Putzisten nicht mit dem Blute der Ruhrarbeiter bezahlen lassen wollten, und weil wir ihre der Verfassung geleisteten Dienste nicht veräußern wollten mit den Verbrechen des Gefindels, das jetzt unter der Flagge des Kommunismus plündernd. Die Ceßnung von Gefindeln, die Plünderung von Läden und Haushalten, zahllose Morde und Erpressungen bei Banken und Postanstalten in Höhe von mehreren Millionen Mark für den Sold der roten Armee waren

die tatsächlichen Selbsttaten der Kommunisten in der neulichen Zone. Auch mit der

Sprengung der Bergwerksschächte wurde gebohrt.
Auf Grund dieser Lage hat die Reichsregierung mit der Entente über das Einmarschverlangen verhandelt. Truppen sind nur dort hin geschickt worden, wo es von Angehörigen aller Bevölkerungsschichten dringend verlangt wurde. Die Reichswehr darf als ein Teil des Volkes nur im äußersten Notfall gegen andre Teile des Volkes verhandelt werden. Die Reichswehr hat an Toten gehabt 16 Offiziere und 142 Unteroffiziere und Mannschaften, an Verwundeten 6 Offiziere und 98 Unteroffiziere und Mannschaften, an Verwundeten 19 Offiziere und 200 Unteroffiziere und Mannschaften, insgesamt bisher etwa 800 Mann Verlust. (Angebende Bewegung.) Diese Opfer für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände sollten die Reichswehr vor Schwärmungen schützen. Ausschreitungen sind nachgegangen werden. Was heissen aber Einzelausschreitungen gegenüber den Verbrechen, deren sich der Janhagel im Ruhrgebiet schuldig gemacht hat? Die Hilferufe aus dem Ruhrgebiet waren kurz vor Ostern so dringend geworden, daß es für die Regierung nur zweierlei gab: Helfen oder Abhaken. Sie mußte helfen, denn sie hatte die Mittel dazu. Wünsche militärischer Stellen haben auf die Entscheidung der Regierung keinen Einfluß gehabt. Ein längeres Bögen hätten wir mit der Befähigung des Staatsorgans erlaubt. Wir sind einmarschiert ohne die Zustimmung Frankreichs,

das die Aktion für unmöglich und gefährlich erklärte. Das Urteil darüber, wann Leben und Eigentum von Deutschen zu schützen ist, muß Sache der deutschen Regierung bleiben. (Sehr richtig!) Es ist ein Verbrechen, die Arbeiterklasse zu verurteilen, die sich

gegen die Ordnung und die Verfassung zu verhalten, und einen formalen Vertrag begangen, und aber dadurch keiner feindlichen Handlung gegen die Signatarmächte und keiner Säuerung des Weltfriedens schuldig gemacht. Wir müßten unser deutsches Wirtschaftsleben schützen, das abhängig ist von der Ruhrkohle und der Eisenerzeugung des Duisburger Gebietes. Zerstückelte Verhältnisse dort und die ständige Drohung ihrer Wiederehr sind der Tod der deutschen und der europäischen Wirtschaft. Wir erheben aber gegen die französische Regierung die Anklage, den Versailler Vertrag verletzt und ihre Vertragspflichten um jeden Kredit gebracht zu haben. (Sehr richtig!)

Wir erläutern erst drei Stunden nach der Befehls von Darmstadt und Frankfurt, daß Frankreich die deutschen Städte ohne Zustimmung der andern Signatarmächte besetzt hatte. (Hört, hört!) Im Friedensvertrag befindet sich keine Bestimmung, die Frankreich dazu das Recht gibt. In der französischen Hauptstadt wurde das neue Recht des Völkervertrages beschlossen, wonach die Militärs aus den Entscheidungen über Krieg und Frieden auszuschalten sind. Und gerade Frankreich beweist hier diesen Militarismus! Millerand spricht von dem Militarismus im Schöße der deutschen Regierung. Die Reichsregierung hat heute weniger denn je Neigung, sich eine Militärpartei gefallen oder deren Wünsche aufzuhören zu lassen. Sie hat nur der Not im Ruhrgebiet abhelfen wollen, sie hat ihr Einschreiten auch nicht einen halben Tag früher unternommen, als es der Wunsch erlaubte, nicht die Arbeiterschaft zu treffen.

Sondern die Spänen dieses Kampfes
und die Verbrecher. Im Munde der französischen Regierung klingt der Vorwurf selbst, daß wir der Militärpartei unterlegen seien. Sie ist einzig und allein in der ganzen Welt nicht vom Militarismus losgekommen, sie allein hat gegen den Stand von 1914 eine Erhöhung ihrer Militärmacht angestrebt, und sie treibt ihre auswärtige Politik mit einer Okkupation durch Kolonialtruppen. Nach der Völkervertragsbestimmung liegt hier ein Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze und eine Verhöhnung des ganzen Völkervertrages vor. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Sünde an Europa, ein Frevel gegen das französische und deutsche Volk. (Sehr richtig!) Millerand will eine neue Aera der deutsch-französischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet einführen. Sind etwa Senegalneger ein Schrittmacher dieser neuen Aera? Es gibt nur Krieg oder Frieden, und der Friede ist notwendig, wenn nicht Sieger und Besiegte von einem dritten Mächtigen besetzt werden sollen, der Anarchie. Diese Erwägung hat wohl die britische und italienische Regierung zu ihrer Ablehnung der französischen Aktion bewogen. Wer daraus kühnlich auf das Ende der Entente schließen will, der sei nur an die jüngsten Schiffsverhandlungen erinnert, ebenso an das einmütige Verlangen nach

Entwaffnung und Auflösung der Zeitweiligen
und der Einwohnerwehren. Ueber die Frage der Einwohnerwehren werden wir erneut mit der Entente verhandeln, da insbesondere Süddeutschland mit Rücksicht auf die kommunistische Gefahr meint, die Einwohnerwehren nicht entbehren zu können. Die Forderungen der Gewerkschaften waren für die Entscheidung der Regierung nicht maßgebend. Die vielfach aufgestellte Behauptung von einer Nebenregierung der Gewerkschaften stützt sich namentlich auf eine Auslassung der „Freiheit“, daß die Regierung unter einer gewissen Aufsicht der Regierung des organisierten Proletariats stehe. Ich erkläre klar und deutlich, daß ich eine solche Nebenregierung ablehne; und keine Stunde länger im Amte bleibe, wenn man den Versuch zu einer solchen Nebenregierung macht. (Weiß, b. d. Mehr.) Wenn sich Männer zur Nebenregierung zusammenfinden sollen, kann werde ich sie aufzufordern, die Regierung zu übernehmen. Mitregieren kann nur der, der auch die Verantwortung übernimmt. Ich stelle fest, daß die Gewerkschaften nie den Versuch gemacht haben, mitzuregieren. Sie haben niemals Forderungen ultimativen Charakters gestellt. (Abg. v. Graefe: Und die acht Punkte!) Wenn die Gewerkschaften

formulierte Wünsche vorbringen wollten, so habe ich sie selbstständig ebenso empfangen, wie die Vertreter der Industrie und der Beamtenorganisationen. Ich lege den größten Wert darauf, die Wünsche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kennenzulernen, weil ich mir wohl bewußt bin, welche Bedeutung die organisierte Kraft der deutschen Arbeiter

zur Sicherung der deutschen Republik

gegen alle Gefahren hat. Aber dieser Einfluß darf sich nur geltend machen auf dem Wege der Verfassung. Ich bin Anhänger der Demokratie und denke nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. Für die Verfassungen in Süddeutschland, das die ältere demokratische Tradition voraus hat, haben wir volles Verständnis. Nach dem Sturz der Reichspolizei wird das Reich eine Demokratie sein, aber es wird nicht sein. (Lebh. Beif.) Wenn sich aber die Demokratie auswirken soll, dann müssen die Voraussetzungen für einen dauernden Weltfrieden geschaffen sein. Dazu ist nötig, daß, wie ein italienisches Blatt bemerkte, endlich das Duell Frankreich-Deutschland aufhört. Die letzte krasseste Tat ist die Besetzung des Maringues. Frankfurt liegt nicht unkonkret im Herzen Europas. Das Herz Europas ist heute getroffen. Schillingen trennen auf neue die Völker. Ehe Frankfurt nicht frei ist, können auch die schönsten Worte von künftiger Gemeinsamkeit nur Worte bleiben. Die französische Regierung hat eine ungeheure

Aufspaltung aller nationalen Instinkte

ausgelöst und durch die Brutalität ihres Militarismus dem eben niedergeworfenen deutschen Militarismus neue Nahrung zugeführt. Die Chauvinisten aller Länder leisten einander die treueste Bundeshilfe. Sieht man in Frankreich diese Zusammenhänge nicht? Wir kämpfen, solange wir die Kraft dazu haben, gegen den fremden und einheimischen Chauvinismus, wir bekennen uns mit aller Feierlichkeit zur Idee des Völkerbundes gerade in dem Augenblick, wo das Gesetz des Völkerbundes mit Füßen getreten wird. Die militärische Aktion nördlich der Ruhr geht ihrem Ende entgegen, alle entbehrlichen Truppen werden sofort aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Ueber die Verlängerung des Augustabkommens bis zum 10. Juli schweben Verhandlungen. Die Ostkapitulation des Maringues wird also bald ihr Ende erreichen. Wir hoffen, daß sie die letzte Welle aus dem Sturmmeer des Krieges war. Für uns aber bleibt es in den Beziehungen zu allen Völkern bei dem Bekenntnis: Abkehr von allen Kriegsanstaltungen und Kriegsmitteln. (Lebh. Beif. b. d. Mehrh.)

Präsident Fehrenbach schlägt hierauf vor, die Erörterung auf morgen zu verschieben und auch alle andern Gegenstände von der Tagesordnung abzusetzen.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschließt das Haus nach dem Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Besprechung der Regierungserklärung, Nachtragsetat, zweite Lesung des Gesetzes über Einbürgerung).

Schluß 4 1/2 Uhr. —

Französische Pläne.

Durch Wolffs Bureau wird die folgende, ausdrücklich als „amtliche Meldung“ gekennzeichnete Nachricht verbreitet:

Bei einer Besprechung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die am 9. April in Mainz stattfand, und die der Deutschland gegenüber zu befolgenden Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Ueberlegung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewißheit zu geben, daß wir vor Revanche-Ideen der deutschen Militaristen geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinuferes von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabschnitt und einigen sonstigen Hauptlagerten befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinuferes angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, das Ruhrgebiet und die Düsseldorf-Industrie umfaßt. Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und die Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schäden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erringen. Da sich England nicht allzu weit von der Küste engagieren will und wir die Landmacht haben, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, solange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Jüngere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Schlag-Verbindungen stark entgegenzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt.

Deutschland wäre am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen, und zwar:

1. Bayern, Baden, Württemberg.
2. Rheinische Republik mit beiden Ufern.
3. Im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansestädte sind dann belanglos.
4. Thüringen und Sachsen als Industriezentren und als Mitteldeutsche Republik.
5. Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teile Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest.

Insondere ist die innere Unmöglichkeit der Sozialistenregierung, die die Gegenläufe vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und dabei gegen die abligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, sich zu benutzen, sowohl positiv wie negativ. Im Grunde mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrags einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. P. für uns interessieren, als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung, und ihnen glauben machen, daß ihr Sturz von Berlin kommt, damit sie auf Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierten dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel besetzt und administrativ bereit. Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Fange uns von selbst zu, und damit wäre die Rheinische Republik geschaffen. Aber an beiden Seiten des Rheines. Der Generalstreik ohne U. S. P. und Bürgerliche ist in der rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungsstand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und eventl. die Demokraten zurück. Zielbewußte Kluge Politik setzt uns in 1 bis 2 Jahren in Besitz dessen, was noch will, nämlich der militärischen Rheingrenze mit starken Brückenköpfen, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unserer Alliierten.

Wenn diese „amtliche“ Meldung wirklich echt ist, so begreift die deutsche Regierung, die sie veröffentlicht, eine schwerer Unterlassungssünde, wenn sie nicht sofort alle einschlägigen Dokumente, die die Richtigkeit der Meldung belegen können, mit ber-

öffentlich. Der ganze Gedankengang, der aus den Besprechungen der französischen Offiziere herausgeht, ist echt militärisch. Diese Herrschaften leben immer in derselben Gedankenwelt, ob sie die deutsche Fidelei oder das französische Käppi tragen. —

Die eiserne Stirn.

Nach den Kaputttagen überschütteten die Deutschnationalen Berlin mit einem Flugblatt, das jede Beteiligung der Partei an dem Kaputtputz dreist in Abrede stellte. Es gab aber als Sitz der Partei in Berlin ein Bureau an, das auch den Kaputtputz als „Zentrale für beschlagnahmte Automobile“ zur Verfügung stand. Leugnen die Berliner also dreist und gottesfürchtig, so werden sie von der deutschnationalen Gesamtpartei an Eisenstirnigkeit fast noch überboten.

Diese Gesamtpartei geht mit einer „Rundgebung“ direkt aus der Verteidigung zum Angriff über. Im ersten Abschnitte dieser Rundgebung protestiert der Hauptvorstand der Deutschnationalen gegen den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt, Darmstadt usw. Sehr schön, nur vergißt er hinzuzufügen, daß auch dieser Einmarsch eine Folge der durch den Kaputtputz hervorgerufenen Unruhen ist, daß also für diese Schädigung Deutschlands letzten Endes verantwortlich sind Kaputt, Lüttich und ihre Helfershelfer — die Deutschnationalen!

Im zweiten Absatz billigt der Hauptvorstand die von der Parteileitung zu den Vorgängen vom 18. März eingenommene Haltung. Diese Haltung lief bekanntlich auf ein Schweigen des Sichabfinden mit dem vollzogenen Putz und damit auf die moralische Rückenstärkung der Kaputt und Lüttich hinaus. Es ist sehr wertvoll festzustellen, daß dies Verhalten vom Hauptvorstand jetzt noch gutgeheißen und moralisch sanktioniert wird. Diese Sanktion wird auch nicht abgeschwächt durch eine unmittelbar folgende rein theoretische Verurteilung jeder gewaltsamen Umänderung und Weugung der Verfassung, wobei die Rundgebung noch nicht einmal den Mut aufbringt, auf das Kaputt-Lüttich-Verbrechen ausdrücklich zu verweisen, so daß fraglich erscheinen kann, ob dieses überhaupt unter jene Verurteilung fallen soll.

Wie weit es ihnen mit dieser Verurteilung Ernst ist, das werden die Deutschnationalen ja auf der Stelle beweisen können durch ihre Haltung gegenüber dem neuen Aufstrome der Veranschönerung in Vorpommern. Aber sie werden gewiß auch hier nur wieder über „Gespensterfleherei“ spotten, wie ja noch am Morgen des 18. März, als die Ehrhardt-Truppen Berlin bereits besetzt hatten, in den erscheinenden deutschnationalen Blättern zu lesen war, daß alle Besorgnisse nur Phantasie der Regierung und Ausfluß ihres schlechten Gewissens seien. Wer sich so zum Gelehrten des Verbrechens gemacht hat, der wird vergeblich der Welt einzurufen suchen, daß er das Verbrechen bekämpft habe oder bekämpfe.

Was die Deutschnationalen unter der „Verurteilung“ realitärer Gewalttätigkeiten verstehen, das zeigt deutlich ein weiterer Absatz, in dem die Schuld an den Märzvorgängen — der Regierung zugeschoben wird. Ihr wird „verfassungswidrige Politik“ vorgeworfen, obwohl die Regierung auch nicht in einem Punkte von der Verfassung abgewichen ist.

Allerdings haben diese Herren von Recht und Verfassung die allergeringsten Begriffe. Das zeigt der folgende weitere Absatz ihrer Erklärung, der im Wortlaut wiedergegeben zu werden verdient.

Wir erheben ferner schärfsten Einspruch gegen eine ungleiche Anwendung des Rechtes nach parteipolitischen Gesichtspunkten, durch die Deutschland den Charakter eines Rechtsstaats verliere würde.

Das erdreisten sich dieselben Leute zu sagen, die über unbergeltliche Lässigkeit und Milde der Regierung tobten, wenn diese der deutschnationalen Nachkrieg nicht gestattete, jeden Putzputz von links ohne weiteres an die Wand zu stellen. Wir wollen uns aber mit dem deutschnationalen Rechtsstandpunkt befremden und nur verlangen, daß die Teilnehmer am Putz von Kaputt und Lüttich nicht härter, aber doch genau so hart bestraft werden wie die Teilnehmer der Spartakistenputsche in Berlin, München und andernwärts. Wir nehmen an, daß die Deutschnationalen in ihrem großen Gerechtigkeitsgefühl ohne weiteres damit einverstanden sein werden, daß Lüttich, Kaputt, Traub, Bauer, Pabst, Bischoff usw. dasselbe Los erleiden wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Landauer, Levine usw.

So schwach und theoretisch gehalten die Verurteilung des Putzes von rechts herauskommt, so maßlos und aufgeregt wird die Rundgebung umgekehrt bei der Behauptung des Generallittreiers. Wenn ein friedliebender Hausbewohner sich gegen einen bewaffnet eindringenden Verbrecher mit einem Wasserstrahl zur Wehr gesetzt hat, so protestiert das deutschnationale Gerechtigkeitsgefühl gegen die Verfolgung des Verbrechers und verlangt strengste Bestrafung des Ueberfallenen, der unverantwortlich die Ruhe und Ordnung gestört habe. Natürlich nur, damit Deutschland nicht „den Charakter eines Rechtsstaates“ verliere!

Gegen Schluß der Rundgebung findet sich noch der schöne Satz: „Mit blankem Schilde gehen wir dem Wahlkampf entgegen.“ Dieser „blanke Schild“ erinnerte uns an etwas, wir hatten eine ähnliche Redewendung kurz vor dem Lesen. Und richtig, wir fanden diese in einem reich illustrierten, auf feinstem Papier und in prächtiger typographischer Ausmachung gedruckten Heft, das den Titel führt: „Denkschrift der 2. Marinebrigade (Ehrhardt)“. Wer diese Prochttausgabe, die Zehntausende gekostet haben muß, und in ihrem Inhalt ein Gemisch von wüster antimilitärischer Hetze und rodesten Verherrlichung des Bürgerkriegs ist, bezahlt hat, das ist eine Frage, die auch einmal später untersucht werden muß. Jedenfalls findet sich auf Seite 57 dieser Denkschrift eine Widmung, die mit der faktualisierten Unterschrift des Kommandeurs Ehrhardt gezeichnet ist. In ihr heißt es:

Möge diese Denkschrift das Band der Kameradschaft, das uns verbindet, noch fester knüpfen, möge sie ein Ansporn sein, das zweite Jahr unserer Tätigkeit mit dem Vortriebe zu beenden: Unter blanken Abzeichen soll und wird wir bleiben.

Der „blanke Schild“, mit dem die Deutschnationalen in den Wahlkampf ziehen wollen, scheint uns dem „blanken Abzeichen“ des vermeintlichen Meuterers Ehrhardt so ähnlich zu sehen wie ein Ei dem andern. —

Im Paradies der Rappisten.

Zu unserm Artikel in Nr. 88 wird uns aus Prenzlauerberg, dem reaktionärsten Teile der Provinz Pommern, geschrieben:

Frecher denn je erhoben die Junker in Hinterpommern ihr Haupt, fühlten sie sich doch sicher unter dem Schutze der auf ihren Gütern einquartierten Baltikumer. Die Mittergutsbesitzer waren auch reichlich mit Maschinen gewehren und Minenwerfern besetzt und schweren Kalibers versehen; die Bauern, die den Einwohnerwehren angehörten, hatten Waffen erhalten, die Arbeiter jedoch wohlweislich nicht. So ausgerüstet warteten die Junker auf die ihnen günstig erscheinende Zeit, und sie kam, nämlich der Kaputtputz.

Die Herrschaften hatten aber die Arbeiter zu gering eingeschätzt, und als der Mummel begann, da traten die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Arbeiter geschlossen in den Streik. Die dem berüchtigten Pommerschen Landbundes angehörigen Arbeiter wagten es zum überwiegenden Teile nicht, die Arbeit fortzusetzen; wo sie es taten, wurden Mittel und Wege gefunden, sie daran zu hindern.

Die Junker glaubten, ihre Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit dadurch zwingen zu können, daß sie ihnen die Verabfolgung des Deputats verweigerten. Die Arbeiter wußten sich aber überall dort, wo das geschah, zu helfen, und entzogen nun ihrerseits den Junkern die Milch usw.; sie schlossen einfach die Kuhställe zu, nahmen sich den ihnen zusehenden Teil, und der Rest wurde nach den Bedarfsstellen geleitet, während der Junker aufs trodene gesetzt wurde. Das half, und die Arbeiter erhielten wieder das, was ihnen zustand.

Wenn in Ihrem Artikel gesagt wird, daß in der Putzwoche die Arbeiter auf den Stettiner „Volksboten“ angewiesen waren, diese Zeitung aber infolge des Generallittreiers ausblieb, so trifft das nicht ganz zu. In Stralsund erscheint „Der Vorpommer“, in Stargard die „Stargarder Volkszeitung“ und in Köslin die „Volkszeitung für Hinterpommern“. Der Stettiner „Volksbote“ und die „Stargarder Volkszeitung“ erschienen regelmäßig und fanden reichenden Absatz; ob der „Vorpommer“ erschienen ist, entzieht sich der Kenntnis des Schreibers dieser Zeilen, die Kösliner „Volkszeitung“ war verboten worden.

In Stargard, wo ein Reichwehrcorps garnisoniert, bedurfte es der Aufbietung aller Kraft der Führer der Arbeiterschaft, um Ausschreitungen zu verhindern; die Arbeiterschaft erhielt sich ruhig, während die Militärverwaltung nur auf die Gelegenheit zum Einschreiten mit Waffengewalt zu warten schien. Flugblätter, die von der Arbeiterschaft angefertigt waren, wurden von Offizieren und Unteroffizieren mit dem Seitengewehr entfernt; bis an die Zähne bewaffnete Soldaten bezogen die Wachen, mit Maschinengewehren und Flammenwerfern besetzte Automobile und Fuhrwerke durchsuchten die Stadt. Höhere Schüler verteilten Flugblätter oder klebten sie an die Schaufenster und Häuser, in denen die Arbeiterschaft als Mörder, Plünderer usw. bezeichnet und mit denen die Bürgerlichkeit zu Separationen gegen den Generallittreier aufgefordert wurden.

Wäre die Arbeiterschaft ebenso nervös gewesen wie die Soldaten bzw. deren Führer und ein Teil der Bürger, davon besonders die zu den Deutschnationalen gehörigen, so wäre ein Zusammenstoß unausweichlich gewesen. Erstere bewachte aber ihre Ruhe und der Aktionsausfluß zwang das Militär zur Ruhe. Die Posten wurden eingezogen, die Helfreiwilligen entlassen und die Waffen von den Gütern abgeholt.

In den weiter östlich gelegenen Städten Hinterpommerns ist die Putzwoche leider nicht so ruhig verlaufen wie in Stargard. In Köslin wurde der Parteiführer Paul Grünwald das Opfer eines Mordanschlags; neben ihm noch einige andre Genossen. Die Militärverwaltung herrschte, bis es auch hier gelang, wieder geordnete Verhältnisse einzuführen. Schwerverwundete Soldaten durchzogen die Straßen von Wuhlig; es gab für sie nichts zu tun, da die Arbeiter ihnen keine Gelegenheit dazu boten. Einige Verhaftungen wurden trotzdem vorgenommen und die Genossen entsprechend „behandelt“. Ein Teil der Belgardener Genossen hatte sich im Landratsamt festgesetzt. Das Militär versuchte, diesen Genossen mit Maschinengewehren beizukommen, erlitt aber eine gründliche Niederlage; es hatte mehrere Tote und Verwundete, während die Arbeiter keine Verluste erlitten. Um weiteres Blutvergießen zu verhindern, ließen sich die Arbeiter in Verhandlungen mit dem Garnisongewaltigen ein, wurden von diesem aber hinter das Licht geführt, so daß er Alleinherrscher wurde. Auch hier wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, worüber die Arbeiterschaft natürlich sehr erregt war. Kaputt-Lüttich-Truppen durchzogen mit Autos die Straßen der Stadt und feuerten die Straßen entlang. Ueber diese Handlungsweise tief erbittert, machten reitstruere Truppen und bewaffnete Arbeiter dem Treiben der Soldateska ein Ende. Schließlich zog auch in Belgard wieder Ruhe ein.

Aus vielen andern Orten, besonders aber aus den Dörfern laufen Nachrichten ein, denen zu entnehmen ist, daß immer noch der Kaputt-Lüttichische Geist umgeht und daß namentlich die Junkersippe ihr Spiel als noch nicht verloren anstellt. Es wird Sache der Arbeiterschaft sein, die Augen offen zu halten, damit sie nicht aufs neue überrumpelt wird. —

Schützt eure heiligsten Güter.

Wie zahlreiche Beispiele beweisen, legen es gewisse Truppenführer im Ruhrgebiet darauf an, dem roten Terror den weichen folgen zu lassen. In einer Aufforderung des Generalmajors Campe an die Bevölkerung Westfalens, der Reichswehr beizutreten, finden wir folgende Sätze, die bezeichnend für die Ziele sind, für die der Herr Generalmajor leichtfertig Gesundheit und Leben der ihm anvertrauten Truppen anzusetzen bereit ist:

Eure Religion, Eitte, das alte Recht und Euer Besitz sind in größter Gefahr.

In merkwürdiger Verkennung der Tatsachen, um die der Kampf im Ruhrgebiet geht, werden hier Dinge ausgezählt, für die zu kämpfen kein Reichwehrcorps auch nur das geringste Interesse haben dürfte. Religion, Eitte, das alte Recht und der Besitz sind von jeher die Punkte gewesen, welche die Reaktion auf ihre Fahnen schrieb. Religion und Eitte im Dienste der Volkserhaltung, das alte Recht im Dienste der Volkserhaltung, und das Privateigentum

zum Zwecke restloser Ausbeutung der nichtbestehenden Klassen, das sind die Ideale, die von den angeblich im Dienste der Republik stehenden Generalmajor verteidigt werden sollen. Von Raub und Plünderungen, worin der ursprüngliche Kampf der roten Garben ausgeartet ist, ist bezeichnenderweise in dem Aufsatze nicht die Rede.

Was geht vor?

Dem „Vorwärts“ gehen aus Hamburg folgende aufsehenerregende Mitteilungen zu:

Die im weiten Umkreis von Hamburg liegenden Reichswehrtruppen — in Frage kommen das 1. und 2. Bataillon des Regiments 18 und die Pioniere aus Hamburg — haben am Montag von dem Stettiner Wehrkreiskommando den Befehl bekommen, zum Grenzschutz an die polnische Grenze abzugeben. Auf dem Hamburger Telegraphenamt sind folgende Telegramme mit übereinstimmendem Texte von einer Anzahl Offiziere abgefaßt worden: „Als am 14. nach Indien.“ Daran schließen sich Abschiedsgrüße an Privatleute. Ein Offizier telegraphiert an einen Witzelschreiber: „Abreise nach Indien, Ihre Entlassung Quatsch, brauchen Sie in einigen Tagen, der Truppenteil wird gesäubert.“

Wie der Korrespondent zu diesen Dingen aus wohlinformierten Kreisen der verfassungstreuen Reichswehr erfährt, handelt es sich ganz offenbar darum, daß die in Frage kommenden Truppenteile, deren Mannschaften und Unteroffiziere sich während des Kapp-Zugzuges als verfassungstreue erwiesen, an Orte gebracht werden sollen, wo sie — nach der Ausrückung eines Offiziers gegenüber unfremd Gewährsmann — hinter Bretter gesetzt und wieder in das richtige „Fahrwasser“ gebracht werden sollen.

Abgesehen davon, daß von einer polnischen Gefahr wohl in den westlichen Kreisen nichts bekannt ist, verdient auch der Umstand bemerkt zu werden, daß Hamburg durch diese Maßnahmen vollständig von Reichswehr entblüht würde. Als einzige militärische Formation bliebe — der Garnison — die in Hamburg übrig, der sich augenblicklich mit der Untersuchung gegen die hochverräterischen Offiziere beschäftigt, die schon durch die Art, wie sie geföhrt wird, das Mißtrauen weitestverbreitet hervorrufen.

Wie sie werben.

In Ergänzung der alarmierenden Meldungen aus Vorpommern bringen wir ein Beispiel dafür, das zeigt, wie die Verschwörer bei der Anwerbung von Anhängern arbeiten. Vor uns liegt das folgende Schreiben, gerichtet an einen Leutnant v. W. in Pölsdam:

Großlogitten, den 26. März 1920.

Sehr geehrter Kamerad!

Nach Rücksprache mit dem Kommandeur der Abteilung Deutschmetzler kann ich Ihnen mitteilen, daß Sie und Ihr Freund bei der Abteilung eingestellt werden können unter der Bedingung, daß Sie sich zu unbedingtem Gehorsam dem Kommandeur gegenüber verpflichten. Vorläufig können Sie noch in keine Führerrolle eingezählt werden, da dieselben befehligt sind, jedoch wird es durch Werbungen, die stattfinden, möglich sein, Sie so bald als irgend möglich in eine Führerrolle einzureihen. Es liegt also in Ihrem eignen Interesse, möglichst viele zuverlässige Leute anzunehmen, um die Reichswehrkräfte, jedoch möglichst keine Charakteristen, Waffenhaltung einerlei, Maß, Feldart, M. G., M. W. und Kab. Bringen Sie also eine stattliche Anzahl Leute mit. Um Ihnen die Fahrt zu verbilligen, schlage ich vor, bei bekannten Offizieren sich in Fahrtausweise für die Leute geben zu lassen. Für Sie beide lege ich zwei Fahrtausweise bei, ebenso Urlaubsscheine. Nehmen Sie bitte so wenig wie möglich Gepäck mit sich, einen Rucksack auf die Reise und eine Uniform und 3 bis 4 Garnituren Wäsche. Von Königsberg aus fahren Sie nach Ruch, das ist eine Bahnstation vor Labiau, dort fragen Sie nach Großlogitten, welches 8 Minuten von Ruch liegt. Dort Meldung bei Lt. Meyer im Pfarrhaus. Die Daten in den Urlaubsscheinen selbst ausfüllen! Ebenso die Fahrtausweise und Urlaubsscheine für die Leute, welche Sie mitbringen. Den Urlaubszug nicht mitbringen, da Truppe antisemitisch ist und Herr Bulz ein Israelit zu sein scheint.

Mit bestem Gruß

Fränkel, Lt. in der Abt. Deutschmetzler
Großlogitten, Kreis Labiau (Ostpr.).

Der dem Schreiben beiliegende Ausweis sowie der Urlaubsschein ist fälschlicherweise für die Unteroffiziere W. und K., die tatsächlich Offiziere sind, ausgestellt und von Hauptmann und Korpsführer Meyer unterzeichnet. Als Zweck der Reise wird Urlaub angegeben, während es sich in Wirklichkeit um Einreihung in einen Truppenbestandteil handelt. Zwei weitere Ausweise für Mannschaften sind dünn mit Weißblei ausgefüllt, so daß sie von Leutnant v. W. für ihre Zwecke leicht abgeändert werden können. Wie aus dem Schreiben hervorgeht, wird Leutnant v. W. aufgefordert, sich von bekannten Offizieren die nötige Anzahl von Mannschaften auszuweisen ausstellen zu lassen. Das alles beweist, daß hier auf illegalem Wege und heimlich Truppenbestände und Mannschaften angeworben werden. Zu welchem Zwecke, läßt sich denken. . .

Die Mark steigt weiter.

Man zahlte für

	am 12. 4.	10. 4.	8. 4.	27. 1.
100 holländische Gulden	ca. 1700	2020	2175	4198
1 Pfund Sterling	188	217	235	—
100 Schweizer Franken	850	980	1080	1798
1 Dollar	45	53 1/2	58.25	—
100 französische Franken	275	340	389.50	—
100 Lire	175	212 1/2	245	—

Dieses Steigen der Mark ist ein erschütterndes Zeichen für die deutsche Wirtschaft. Nur darf man sich nicht zu überschüssigen Hoffnungen verleiten lassen. Denn auf dem internationalen Geldmarkt spielt die Spekulation eine bössartige Rolle.

Wirrwarr in der U. S. P.

Zwei Generalversammlungen der Berliner U. S. P. haben sich mit der Haltung dieser Partei während des Generalstreiks beschäftigt. Dabei trat eine Verwirrung zutage, die überhaupt nicht mehr zu übertreffen ist. Am Sonntag, in der Fortsetzung der Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg sprach zunächst Vollmershausen, der die Taktik der Gewerkschaften im Generalstreik verteidigte, dabei aber lebhaften Widerspruch fand. Maßhahn von der „Betriebsrätezentrale“ klagte, die Partei habe sich in das Schlepptau des Gewerkschaftsbundes nehmen lassen und fand den Abbruch des Generalstreiks verfehlt. Hilferding legte dar, daß der Generalstreik gegen die Gewerkschaften und gegen die „Rechtssozialisten“ nicht weitergeführt werden konnte, die U. S. P. hätte jeden Einfluß auf die weitere Entwicklung der Dinge verloren. Hilferding fand Widerspruch und lebhaften Beifall. Weitere Redner klagten über das neue „Aberwachen der Gewerkschaften“, die Führer hätten infolgedessen das Vertrauen der Massen verloren.

Fußballer Wroth sagte u. a.: „Es ist die Taktik der U. S. P., die die U. S. P. immer befolgt hat. Deshalb können wir das Vertrauen der Massen nicht bekommen. Am schlimmsten sind für mich Däumig und Leby, weil sie scheinbare Revolutionäre sind, aber immer, wenn es zum Kampfe kommt, abblasen und unterbrechen. Es gibt nur eine Rettung und Parole für die U. S. P.: Heraus aus dieser Verlogenheit, sonst gehen alle Mitglieder zur H. P. D. über.“

Ein Teil der U. S. P.-Delegierten, unterstlich diese Rede, in der der eigene Partei „Lüge und Betrug“ vorgeworfen wird, noch mit „lebhaftem Beifall“. Das war nun mehr „Mabilismus“, als selbst Lebour betragen konnte, er setzte sich mit Wroth so lebhaft auseinander, daß es darüber zu verschiedenen Unterbrechungen der Versammlung kam. Lebour führte aus, daß die Macht der Arbeiter nicht in der Bewaffnung, sondern im Generalstreik liege. Nachdem auch noch Breitfeld gegen Wroth geredet hatte, sprach Berger für Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die „Freiheit“. Wegmann sekundierte. Wroth fand, daß der Generalstreik überhaupt nur Zweck habe, wenn der bewaffnete Aufstand dahinter stehe. Hauptache seien die geheimen Organisationen. „Es war ein gewissenloses Verbrechen am Berliner und am deutschen Proletariat, welche Leitung hier in Berlin gewesen ist.“ Schließlich wurde die Versammlung abermals vertagt.

Das ist ein Wirrwarr, der sich schlechthin nicht überbieten läßt. Gibt es überhaupt noch eine Lösung? Wir sehen nur die eine, daß die vernünftigen Elemente in die sozialdemokratische Partei zurückkehren und die Wirrwärrer unter sich lassen.

Notizen.

Erziehung eines Amerikaners in Mitleid. Einem Privattelegramm zufolge soll der vom Standgericht zu Weisel zum Tode verurteilte Demott, der angeblich amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, in dem er untergebracht war, bei einem Fluchtversuch (?) von einem Wächter erschossen worden sein. Mitleid wird dazu gemeldet: Sofort nach Eintreffen der Nachricht, daß Demott im Gefängnis erschossen worden ist, hat das Anstaltsamt bei den zuständigen Stellen eine umgehend eingeleitete Untersuchung des Vorfalls und die Nachprüfung des ihm vorausgegangenen Urteils beantragt.

Drohender Generalstreik in Oberschlesien. Die ober-schlesischen Angestelltenverbände beschlossen, wie die Zeitung „Der ober-schlesische Wanderer“ in Gleiwitz meldet, nachdem der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie den Schiedsspruch des Gleiwitzer Schlichtungsausschusses vom 27. März abgelehnt habe, am 15. April den Generalstreik der 25 000 ihnen angehörenden Angestellten zu erklären, falls der Schiedsspruch bis dahin nicht in Kraft getreten sei. Um diese Forderungen durchzusetzen, wandten sich die Angestelltenverbände sowohl an die interalliierte Kommission wie an den Demobilisationskommissar in Oppeln. Gleichzeitig haben sie mit den Arbeiterverbänden Fühlung genommen. Durch diesen Beschluß droht die Stilllegung von Großindustrie und Handel in Oberschlesien.

Gewerkschaften und Sicherheitswehr. Im Ministerium des Innern fand eine Besprechung über die Neuordnung der Verhältnisse bei der Sicherheitspolizei statt. Es handelte sich vor allem um die Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern in die Sicherheitspolizei. Dabei wurde festgestellt, daß der Streik als gewöhnliches Kampfmittel für Polizeibeamte nicht in Frage kommen könne. Auch wurde die Notwendigkeit der Ausschaltung der Parteipolitik aus der Polizeibeamtenschaft allseitig zugesagt; dem müsse auch die Berufsorganisation der Sicherheitsbeamten Rechnung tragen.

Freigabe von internierten Reichswehrtruppen. In den ersten Tagen des Kapp-Zugzuges war eine stärkere Abweisung der Reichswehr (etwa 1000 Mann) unter Befehl des Generals von Gildhausen auf das besetzte Gebiet abgefrachtet worden. Diese Reichswehrabteilung ist von den Engländern freigegeben worden und ist auf dem Abtransport.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. In den Berliner Morgen-zeitungen fand man am Montag unmittelbar untereinander die Berichte über eine Vismarck-Feier, in welcher der bekannte Alldoische Professor Roethlisberger, gesprochen hat, und über eine Versammlung der Kommunistischen Arbeiterpartei, in der ein gewisser Altmann die Ideen der neuen Arbeiterpartei entwickelt hat. Beide Reden gipfeln in wörtlich demselben Satz: „Die gegenwärtige Regierung ist die denkbar unfähigste und schlechteste.“ Für Alldoische und wackere Terroristen von links allerdings!

Grubenunglück im Ruhrgebiet. Auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer ereignete sich Sonntag vormittag ein schweres Unglück. Als Ursache wird Schlagwetter oder Kohlenstaubexplosion angenommen. 14 Tote und 19 Verletzte, darunter sieben Schwerverletzte, wurden bisher geborgen. Das Unglück soll sich an einem Betriebsort ereignet haben, der mehrere Tage außer Betrieb gesetzt war. Die Explosion entzündete durch einen Schuß des Schichtmeisters. Man fand den Schichtmeister schwer verwundet vor seiner Räummaschine auf dem Kopf stehend vor. Die Opfer zeigen durchweg schwere Brandwunden. Die Schwerverletzten leiden an schweren inneren Verbrennungen. Vor zwei Jahren ereignete sich auf derselben Zeche ein gleiches Grubenunglück, das damals 80 Tote forderte. Von den sieben Schwerverletzten ist einer in der vergangenen Nacht gestorben. Der Zustand der übrigen ist, nach dem Urteil der Ärzte, gleichfalls hoffnungslos.

Proteststreik der Richter. Anlässlich der Ausweisung des ersten Staatsanwalts streikten die Richter in Weuthen (Oberschl.) seit Montag. Alle Termine wurden ausgesetzt. Ebenso streikten alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und Amtsgerichts Weuthen. Nach der „Oberschl. Ztg.“ trat man mit den übrigen ober-schlesischen Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des ganzen Abteilungsgebietes herbeizuführen.

Verfallminderung im Bekannten Willson. Der „New York Courant“ meldet aus New York: Es geht das Gerücht, daß der Präsident gesundheitlich zusammengebrochen sei. Die unsicheren Mitteilungen seitens des Weißen Hauses scheinen dies zu bestätigen. Der Präsident hat seine täglichen Autofahrten unterbrochen, desgleichen wird gemeldet, daß er sich in den letzten 10 Tagen nicht mit wichtigen Fragen befaßt, die die Kabinettsmitglieder nicht empfangen durfte und das Bett hüten mußte.

Verfahren gegen österreichische Generale. In Wien wurde gegen den ehemaligen General Kasimir Fochherrn von Lützendorf, der sich im Krieg auf den serbischen und russischen Kriegsschauplätzen der schwersten Verbrechen schuldig gemacht haben soll, ein Verfahren eingeleitet. General Lützendorf hat mehrere Justizmorde auf dem Gewissen. Die Erhebungen ergaben, daß er an serbischen und russischen Kriegsgefangenen Morde begangen hat. General Lützendorf wurde in Untersuchung gezogen. Er stellte sein ganzes Vermögen als Kaution und wurde daraufhin vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Weiter wurde der ehemalige General Stephan Jubičić, der einen russischen Kriegsgefangenen, der sich weigerte, an Befehlsarbeiten gegen seine eigenen Vorgesetzten mitzuwirken, ohne Gerichtsverfahren hinrichten zu lassen, in Haft genommen. Jubičić wird sich zu verantworten haben.

Verzögerung der dänischen Wahlen. Das Ministerium hat dem König vorgeschlagen, die Wahlen zum Folketing auf Montag den 26. (statt 22.) April zu verschieben. Der König hat seine Zustimmung dazu erteilt.

Depeschen.

Millerands Rückzug.

W. L. B. Amsterdam, 13. April. Der „Telegraaf“ meldet aus Paris: Das petnische Schauspiel des Rückzugs Millerands dauert fort. Die Lord Derby überreichte Note bedeutet die bedingungslose Kapitulation.

Eisenbahner greifen zum Selbstschutz.

W. L. B. Essen, 13. April. Die fünf Eisenbahnerverbände, der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnerverbände, die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, die Gewerkschaft deutscher Rangierbediensteter und der Allgemeine Eisenbahnerverband sowie die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen sind, erklärten in ihrer gestrigen Versammlung, wenn die Regierung dem Druck nach links weiter nachgebe und das Industriegebiet wieder ohne Schutz lasse, müßten die Eisenbahner zur eigenen Sicherheit und für den Westen Deutschlands zur Selbsthilfe greifen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde beauftragt, alles für einen Kampf vorzubereiten, wenn sich die Vorkommnisse der letzten Woche wiederholen sollten. Jedem Terror, ob von rechts oder von links, solle mit Energie entgegengetreten werden.

Bekanntmachung.

Zur Durchführung einer genaueren Kontrolle haben sich die Erwerbslosen ab 15. April 1920 täglich einer doppelten Meldung in den zuständigen Arbeitsvermittlungsstellen des Arbeitsamts zu unterziehen.

Die erste Meldung hat vormittags zwischen 8.30 Uhr und 10.30 Uhr, die zweite Meldung nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr zu erfolgen.

Die erste Meldung der Rechner findet ebenfalls vormittags 8.30 Uhr bis 10.30 Uhr statt, die Nachmittagsmeldung zwischen 6 Uhr und 8 Uhr.

Die Erwerbslosen erhalten bei der Vormittagsmeldung vom Arbeitsvermittlungsbüro eine Anwesenheitskarte auszugeben, die sie bei der Nachmittagsmeldung unbedingt dem diensthabenden Schalterbeamten zurückzugeben haben. Für das Abhandeln der Anwesenheitskarte sind die Erwerbslosen persönlich verantwortlich.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Erwerbslosen pünktlich zu den vorgegebenen angeführten Zeiten zur Arbeitsvermittlung ihrer Anwesenheit zu erklären haben.

Erwerbslose, die nach den gegebenen Bestimmungen Anspruch auf Erwerbslosentlohnung haben und es unterlassen, sich täglich zweimal zur Kontrollmeldung im Arbeitsamt einzufinden, erhalten für diesen Tag keine Entlohnung. Wiederholte Unterlassung der doppelten Kontrollmeldung hat die völlige Sperrung der Erwerbslosentlohnung zur Folge.

Magdeburg, den 12. April 1920.

Städtisches Arbeitsamt.

Bekanntmachung.

Neufestsetzung der Butterpreise.

Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Oberpräsidenten vom 25. Januar 1920 wird nach Maßgabe der Verordnung über die Preise für Butter vom 25. Juli 1917 sowie der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette unter Aufhebung der Bekanntmachung des Magistrates vom 28. Januar 1920 für den Stadtkreis Magdeburg mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten folgendes bestimmt:

- Der Preis für 1 Pfund Butter im Kleinhandel wird festgesetzt:

- I für Handelsware I auf höchstens M. 16.50
- II „ „ „ „ „ 15.50
- 2. Inwiderhandlungen werden nach den bestehenden Bestimmungen bestraft.

3. Diese Verordnung tritt am 15. April 1920 in Kraft.

Magdeburg, den 12. April 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Über die Abgabe von Grubenzoll auf die Grubenbetriebe für Hausleistungen ohne Kohlagang.

Auf die Warten 10 und 20 der gelben Grubenzollkarte darf vom 15. April 1920 ab je 1/2 Seiner Grubenzoll abgegeben werden.

Die Warten 17 und 18 der gelben Grubenzollkarte treten mit dem 14. April 1920 außer Kraft.

Magdeburg, den 12. April 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Neufestsetzung der Margarinepreise.

Auf Grund der Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Preise für Margarine vom 11. September 1918 bzw. 23. September 1919 sowie der zu diesen Verordnungen erlassenen Ausführungsbestimmungen der Reichsstelle für Speisefette wird in Bezug auf die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. März 1920 über die Preise für Margarine unter Aufhebung der Bekanntmachung des Magistrates vom 22. Januar 1920 für den Stadtkreis Magdeburg mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten folgendes angeordnet:

- Der Preis für 1 Pfund Margarine im Großhandel wird auf M. 17.40,
- der Preis für 1 Pfund Margarine im Kleinhandel wird auf M. 19.0 festgesetzt.
- Inwiderhandlungen werden nach den bestehenden Bestimmungen bestraft.
- Diese Verordnung tritt mit dem 15. April 1920 in Kraft.

Magdeburg, den 12. April 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

An Stelle des Gastwirts Elio Mensch in Immendorf ist der Platzmeister Otto Koch zum Ammendorf als Gemeindevorsteher der Gemeinde Immendorf gewählt und von ihm beauftragt worden.

Neuhaldensleben, den 10. April 1920.

Der Landrat, Fischer.

Gehen Ihre Uhren nicht?

Reparaturen gut u. preisw. Fr. Pöllnitz, macherei Schneckenstr. 2a, sein Laden.

Massiv. Landhaus, 30 km. v. Magdeburg, ruh. L. Wald, Wald-Bahn. Bau, Maß. v. Pentum, Magdeburg, Peter-Paul-Str. 7.

Wenig möbl., od. leerer Zimmer mit K. Nebengl., fauberes mögl. Zentrum, gefucht. Off. mögl. 8 57 an die „Volkszt.“ erb. Magdeburg, Wilhelmstr. 19, II.

Arbeitsmarkt

Junges Mädchen 14- bis 15jährig, für einfache Hausarbeiten für einige Vormittagsstunden gefucht. Frau Hermann, Peter-Paul-Str. 7, I.

Ein städt. Mädchen sucht Zimmer mit K. Nebengl., fauberes mögl. Zentrum, gefucht. Off. mögl. 8 57 an die „Volkszt.“ erb. Magdeburg, Wilhelmstr. 19, II.

Steinmetz Blume & König, Am Suchsberg.

Neue Kurse vom 4. Mai ab.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. Kfm. Buchführ., Handels-
Brieftwechsel, Rechnung, Stenographie,
Maschinenschreiben, Schreibschriften,
Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann Wissenschaftl. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte
Unterrichtsfach kann auf
beliebige Dauer einzeln
belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

**Fahrrad-Mäntel
und-Schläuche**
aus feinstem Gummimantel
kauft man am besten von
Richard Kruse
Express- u. Panzer-Räder
Elbener Straße 103.

Robert Bensch
Große Mengen
Fahrradreifen
in
Friedensware
eingetroffen. 785
Brettweg 258.

Möbel-Haus Friedrich Lorenz
Inhaber: **Karl Beyerling**
Peterstraße
- Nr. 17 -
Zentrum der Stadt,
Haltestelle der
Straßenbahnlinie 6

Ankerlin
der gute Schuhkrem
ist in Friedensqualität wieder überall
zu haben. H 286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg,
Königsgrätzer Straße Nr. 4. -

Engl. Zigaretten!
The Flag von Bille
Williams London
d. bel. Ori-
gin-Markte
Capt. Robt. Smith
The White Star
The Seeburg
Silber
Steward Nabb Cut
usw. von 38 1/2 bis 42 1/2 Pfg.
gibt ab 800

**Bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen**
Wohnzimmer ausbaum furniert und
imitiert
Schlafzimmer ausbaum, mahagoni,
eiche furniert u. imitiert
Speise- und Herrenzimmer
eiche, hell und dunkel gebeht 786
Küchen getrieben und natur lackiert
Polsterwaren in bekannt bester Aus-
führung.
Eigne Tischler- und Polsterwerkstätten.
Beschäftigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Frauenhaare
kaufe ich auch die kleinsten
Damen, die besond. langes, ausgefallenes
haar haben, erhalt. f. 100 Gr. Sil.
Willi Träbert, Bräatenstraße 18
gegenüber Seiders Süßwaren.

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen, gest. u. lackiert
verkauft preiswert
Karl Dittmar
876 Elbenerstraße
Elbenerstraße 25/26

Preiswerte Möbel!
Durch bareinstellen Einkauf
Verkauf zu billigen Preisen.
Wohnungs-Einrichtungen
Kompl. Schlafzimmer
in nußbaum und hell eiche lackt, weiß
emalliert und echt eiche furniert, mit
Steinbrenn u. Spiegel, Stillege Antische
110, 120, 125, 130, 140, 150, 180 cm breit
Preis 2500 3000 4000 4750 5100 5350
5700 bis 8500 Mark

Zentraltheater
Abend 7 Uhr:
**Sterne, die
wieder leuchten**
118 Freitag:
25. Aufführung

Was schenke ich?
Diese Frage macht keine Kopf-
-schmerzen, wenn Sie zum
Uhrmacher
Vaternacht
Or. Diesdorfer Straße 218
- Ecke Annastraße - gehen.
Große Auswahl in Taschen-Uhren,
Zimmer-Uhren, Küchen-Uhren und
-Wecker-Uhren. Gute Werke. -

Frauenhaare
Abfall und alte Haararbeiten jahre löf. da
Gesundheitsverbraucher, die höchsten Tagespreise
Lonk, Haargroßhandlung
Elbenerstr. 1. Geschäftsbereich von 8 bis 4 Uhr.

**Küchen, gest. u. lackiert
verkauft preiswert**
Karl Dittmar
876 Elbenerstraße
Elbenerstraße 25/26
1 Garüche mit Glanzlack, 1
Kommode, 1 Tisch, 1 Spiegel,
große Babenanne zu verkaufen.
Brettweg, Bismarckstr. 28. 807

Wohnungs-Einrichtungen
Kompl. Schlafzimmer
in nußbaum und hell eiche lackt, weiß
emalliert und echt eiche furniert, mit
Steinbrenn u. Spiegel, Stillege Antische
110, 120, 125, 130, 140, 150, 180 cm breit
Preis 2500 3000 4000 4750 5100 5350
5700 bis 8500 Mark

**Fürstentof-
Prunksaal**
7 Uhr: Gastspiel
Paul Weders
Der fidele Gannet.
Spezialitätentastell!
Schnellster Erfolg!
Tunmel.
Die lustigen Oberbayern
Schnell wechselnde
Programme!

**Ziegen- und
Ziegenlämmerfelle**
kauft zu hohen Preisen
Alfred Limmer
Schwertfegerstraße 13. 753
Tel. 6820.

Schneewittchen
Santier Dampfheberei G. m. b. H.
Oliventstraße 44 Telefon 1840 u. 4047
erhältlich in den besten Sorten in Magdeburg, Leuznau,
und Schönebeck sowie feiner Herrenwäsche in sauberster
und schnellster Lieferung. Abholen und Zustellen kostenlos.

**Küchen, gest. u. lackiert
verkauft preiswert**
Karl Dittmar
876 Elbenerstraße
Elbenerstraße 25/26
1 Garüche mit Glanzlack, 1
Kommode, 1 Tisch, 1 Spiegel,
große Babenanne zu verkaufen.
Brettweg, Bismarckstr. 28. 807

Wohnungs-Einrichtungen
Kompl. Wohnzimmer
Preis 1280 1500 2050 3080 Mark

Stadttheater
Mittwoch den 14. April
7. Abend **Beauvue Karten**
**Die Reise in die
Mädchenzeit.**
Auf. 7 Uhr. Ende geg. 10.10 Uhr.
Donnerstag den 15. April
Die beiden Schützen.

Städtisches Orchester
Leitung: Städt. Kapellmeister Dr. Walter Rabl.
Zentraltheater.
Mittwoch den 14. April 1930, nachmittags 4 1/2 Uhr
4. Sinfonie-Konzert, Abt. A.
Solistin: **Karin Branzell**
Erste Altistin vom Opernhaus Berlin. 15
Öffentliche Hauptprobe
am Koncerttage vormittags 11 Uhr im
Stadttheater.
Eintrittskarten bei Heinrichshofen und im Verkehrs-
verein und am Koncerttage an der Theaterkasse.

Abholung!
Zeitungs-papier
zusammengedunden 778
40
Pfund Pfg.
Alfred Limmer, Schwertfegerstr. 13
- Telefon 6820 -
Abholung!

**Küchen, gest. u. lackiert
verkauft preiswert**
Karl Dittmar
876 Elbenerstraße
Elbenerstraße 25/26
1 Garüche mit Glanzlack, 1
Kommode, 1 Tisch, 1 Spiegel,
große Babenanne zu verkaufen.
Brettweg, Bismarckstr. 28. 807

Wohnungs-Einrichtungen
Kompl. Herrenzimmer
mit 140 cm breitem Bücherschrank, sehr apart
Preis 4200 Mark

Wilhelm-Theater
Mittwoch 7 1/2 Uhr
1. Gastspiel Ferry Warner
Die Erbschaftsürstin
Donnerst. Die Erbschaftsürstin
Montag den 18. April
Ehrenabend Käthe Fischer
Wiener Blut.

Hotel Wilhelmstadt
Große Diesdorfer Str. 19/20. Große Diesdorfer Str. 19/20
Empfehle meinen **Saal** (250-300 Personen fassend) für
Vereine usw. sowie Hotel und Gastwirtschaft.
August Popien, Gastwirt.

**Rouff 1/1 Wein- u. Gett-
Flaschen**
Stadt 75 Pfg. bis 1.20 Mt.
sowie
**Rognat-, Wasser- und
1/2- u. 1-Ltr.-Flaschen**
Ebeling
Hohesportstr. 62. Fernruf 4809.
Abholung erfolgt kostenlos. Sofort Geld.
Der Einkauf erfolgt auch zu denselben hohen
Preisen in den Annahmestellen:
Mittstadt: Gerichte, Elbischepferstr. 11
Alte Neustadt
u. Nordfront: Hohesportstraße 67
Neue Neustadt: Restaurant Hermanns-
Winkelplatz 5
Wilhelmstadt: Rest. zum Gaubrunn,
Gr. Diesdorfer Str. 217
(Eingang Annastraße)
Gudenburg: S. Weber,
Halberstädter Straße 24
Badau: August Richter,
Brettwegstraße 11
Fermersleben: Restaurant zur Linde,
Alt-Fermersleben 37
Salzite: Rest. zur Erholung
Alt-Salzite 70
Scherrhüben: Goldenes Schiff
Alt-Scherrhüben 157.

Rechtsbeistand
in Ehe, Alimenten-, Straf- u.
Steuerfach., Rechtsausmittel.
Gesuche, Testamente, Beschrän-
kungen usw. G. Seurer, Volksanwalt,
Kleine Steinmetzstr. 2, I. 887

Wohnungs-Einrichtungen
Kompl. mod. Küchen
in modernem Anstrich und natur lackiert
aparte Verglasung
Preis 550 760 980 1100 1300 1400
1600 1750 bis 2200 Mark 138

Stephanshallen
Direktion Rich. Froherz
Erstklassige Varieté-
Vorstellungen
sowie Aufführung von nur
801 einwandfreien
Volksstücken.

Zirkus-Lichtspiele.
Trotz des ungeheuren Erfolges nur bis
Donnerstag möglich
**Die weißen Rosen
von Ravensberg**
6 Akte - nach dem gleichnamigen Roman.
Schauspiel in 5 Akten. 2295
In der Hauptrolle: **Erna Gläpner.**
Spielzeit: Weekends von 8 bis 10.45 Uhr
Sonntags von 2 bis 10.45 Uhr

Spezialhaus für Möbel-Ausstattungen
A.
Friedländer
Alte Ulrichstraße 11
Verfand nach auswärts

Tonbild-Theater
Buckau
Schönebecker Str. 94b.
Sommerabend bis
einschl. Donnerstag:
**Fräulein
Mutter**
Schauspiel in 5 Akten mit
Käthe Haak und
Erna Decarli.

Raucht Bonitas!

Scharrer & Knüppel
Holz- und Kohlenhandlung
liefert
Brennholz in allen Sorten
Kloben, Sägestücke u. ofenfertig
Kontor: Kaiserstraße 6, (Ecke Albrechtstraße)
Lager: Buckau, Pfarrstraße 2
Telephon 684.

**Die fremde
Frau**
Einführung in 3 Akten mit
Leopold Ledebur
und Esther Hagen.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. April 1920.

Unsre Hoffnung.

Das neue Schuljahr hat begonnen. In der Morgenstunde trippelte heute die kleine Schar der Bernanfänger zum erstenmal in die Schule.

In diesem Jahre begleiten doppelt große Hoffnungen und Wünsche die eingeschulten Kinder. Zum erstenmal wird in Magdeburg die Einschulung in eine gemeinsame Grundschule vorgenommen.

Darin liegt unsre Hoffnung auf den Aufstieg aus den Sturmbelegten Tagen der Gegenwart: daß wir Zeit und Kraft finden werden, den kommenden Geschlechtern von Kindheit an eine freieschulische Entwicklung zu gewährleisten.

Die „Volksstimme“ vor Gericht. Wir veröffentlichten unterm 28. November 1919 einen Artikel „Weshalb die Margarine nicht anstam“, in dem der Vorwurf erhoben wurde, daß durch die Unpünktlichkeit einiger Beamten des Zollamtes die Ausgabe einer großen Sendung Auslandsmargarine um 5 Tage verzögert wurde.

Ein Magdeburger Schleifschleifer vom Stendaler Wuchergericht vernarrt. Am 3. März wurde in Stendal in der Osterburger Straße ein verdächtiges Fuhrwerk angehalten. Bei der Durchsichtung des Wagens befanden sich unter anderem 828 Pfund Rindfleisch und 918 Pfund Schweinefleisch.

Städtische Büchereien. Von Montag den 12. April an wird die städtische Volksbücherei Budau (Feldstraße 55) und Reuditz (Domburger Straße 11) werktäglich von 12 bis 1 und abends von 7 bis 9 Uhr geöffnet.

Bei der städtischen Sparkasse erfolgten im Monat März insgesamt 14 384 Einzahlungen in einer Höhe von zusammen 8 049 728,86 Mark. Davon entfielen auf die Hauptstelle 11 207 806 Mark mit 6 522 979,08 Mark. Rückzahlungen wurden 19 076 mit einem Betrag von 14 222 624,42 Mark ausgeführt.

Tägliche Speisungen für unterernährte Kinder will die Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika. Wie bereits in andern Städten, auch in Magdeburg veranstalten. Hierfür sind zunächst 5 000 Kinder in Aussicht genommen.

Verstärkte Kontrolle der Arbeitslosen. Wie in andern Städten, so hat sich auch in Magdeburg herausgestellt, daß erwerbslos gemeldete Personen, die regelmäßig ihre Unterstützung erhalten, sich durch „Schwarzarbeiten“ Einkommensgelegenheit beschaffen.

Vom Gaswerk. Auf unsre Artikel über das Gaswerk wird und vom Pressamt geschrieben: Im letzten Artikel der „Volksstimme“ wird die Vergasung von Holz und Braunkohle beanstandelt. Es liegt auf der Hand, daß zu diesen Vergasungsstoffen nur unter dem Zwange der Kohlenknappheit und des Gasmangels gegriffen worden ist.

Nebenher machte das Gaswerk systematische Versuche zur Vergasung von Braunkohlen in Vertikalretorten, wobei allerdings manche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die Ergebnisse führten jedoch im Gegenteil zu außerordentlichen Mitteilungen.

Der Vorschlag, den Schlackenloz (nicht Schlacke) im Hochstand an die Verbraucher abzugeben, kann nicht durchgeföhrt werden. Erst durch die maschinelle Siebung in drei Stadien wird die am höchsten Gaswert seit einem Jahre durchgeföhrt wird und einen Erlös von rund 200 000 Mark einbringt.

Ueber Mindergehalt bei Grundloz- und Brickettlieferung ist verschiedentlich Beschwerde geföhrt worden. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, schweigt das Pressamt, daß derartige Lieferungen nicht nur eine Ueberschreibung der Höchstpreisbestimmungen darstellen, sondern unter Umständen auch als Betrug strafbar sind.

Statt Tariflohn Schläge. Vom Verbandsverband der Gastwirtschaften wird uns geschrieben: Ueber 1 Jahr bestehen im Gastwirtsgewerbe tarifliche Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ein neuer Müllabdeplatz für Neustadt. Der Abdeplatz an der Bondstraße ist nahezu geföhrt und wurde am 10. April abends geschlossen. Als Ersatz wurde vom 12. April an den Einwohnern der Neustadt das zwischen dem Glindener Weg und der Saalestraße neben dem bereits aufgehäuften früher Dweischen Grundstüch tiefliegende Weidengrundstüch der Firma Bauds Erben zur Verfügung gestellt.

Neue Briefmarken. Von verschiedenen Oberpostdirektionen ist die Schaffung der jetzt unbedingt erforderlichen Markenwerte zu 10 und 20 Mark angeregt worden. Das Reichspostministerium hat den Vorschlägen zugestimmt und die Reichsdruckerei mit den Vorbereitungen für die Herausgabe von 10- und 20-Mark-Marken beauftragt.

Auskunft über englische Kriegsgefangene. Nach Mitteilung der britischen Regierung werden Nachfragen nach ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand in Zukunft von den britischen Behörden nicht mehr beantwortet werden.

Gestohlen wurden: aus einer Werkstätte am Milchweg mehrere Notguthüchsen; aus einem Vergnügungslokal an der Halberstädter Straße ein Damenmantel; aus einer Wohnung in der Weidenstraße silberne Kaffeelöffel; aus einem Wohnheim mehrere Brongelöten und -schalen; aus einer Werkstätte in der Braunschweigstraße eine größere Menge Spindelspäne, Schellack, Leim und zwei Fahrradschläuche.

Dem gehören die Silberwaren? Bei einem hiesigen Geschäftsinshaber wurden seitens des Kriminalpolizeis eine größere Menge gebrauchter Silberfachen und mehrere Gegenstände aus Gold vorgefunden und beschlagnahmt.

Vestgenommen wurden der Lausburische Erich Alen, Nachhacher Straße 1, der in der letzten Zeit aus einem Papiergehäuf fortgesetzt Diebstähle an Papieren und andern Waren ausgeföhrt hat. Für etwa 1000 Mark Waren wurden auf dem Boden der euerlichen Wohnung von der Kriminalpolizei geföhrt.

Leichensund. Am 10. d. M. wurde im Handelskafen die unbekannt schon stark verwesene Leiche eines anscheinend jüngern Mannes geföhnt. Sie ist etwa 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, bartlos und bekleidet mit buntem Anzug, graugestreiftem Hlter, schwarzen Schuhtiefeln und grauen Strümpfen.

Kellerbrand. Am Montag mittag kurz nach 12 Uhr wurde Vulkan 2 nach Braunschweiger Straße 35 gerufen. In einem Keller war vermutlich durch fehlerhaftes Umgehen mit einem Nichte Holz und Kellergut in Brand geraten.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein. Bildungskursus der Jungsozialisten (Jugendgruppe der S. P. D.) noch am Freitag (Paris) bis am Freitag abends 5 Uhr im Jugendheim über: Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung von 1881 bis 1919.

Theater, Konzerte etc.

Konzerte. Der Männergesangsverein Victor veranstaltete gestern ein Konzert im „Hoffäger“, bei dem er neben dem städtischen Dreierchor noch zwei Solisten, Frau Elldi Preiser, E. L. E. und Herrn Adolf Zimmer, beschäftigte.

Stadtheater. Eise Bindorf trat am Sonntag in „Selma“ als Magda, und am Montag in „Meine Frau, die Hofkapellmeisterin“ als Maria Reichensberg auf. Sie hatte im ersten Stück Gelegenheit, ihre Fähigkeiten auch nach der tragischen Seite hin zu zeigen und in beiden sich als elegante Dame und Plauderin vorzuführen.

